

# Berliner Tageblatt

Kr. 146

und Handels-Zeitung

Ges. Redakteur Theodor Wolff in Berlin. 77  
Druck und Verlags von Rudolf Wolff in Berlin.

## Neue Vermittlungsphantasien.

### Stinnes' Reise nach Rom.

Mussolinis Besprechungen mit Jaspar. — Ein belgischer Bericht aus dem Ruhrgebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. März.

Die italienische Reise des Herrn Stinnes interessiert die Franzosen in ganz ungewöhnlicher Weise. Es besteht für alle Politiker und Gelehrte, mit denen man spricht, auch nicht der geringste Zweifel daran, daß Stinnes entweder vom Kanzler mit einer politischen Mission betraut worden ist oder wenigstens im Einverständnis mit dem Cuno wichtige Unterhaltungen mit amerikanischen und italienischen Persönlichkeiten gehabt hat. Natürlich bemüht sich die Regierungspresse, diese neue „Angelegenheit“ als einen deutschen Sonderinteressenverstoß darzustellen und läßt in diese Kombinationen über die nahe Verhandlungsbereitschaft Deutschlands. Allerdings sind, wie sich gleich zeigen wird, die prophetischen Worte erheblich fehlerhafter geworden. Ein französischer Diplomat, der über italienische Stimmungen besonders gut Bescheid weiß, hat Herrn Jaspar von „Echo de Paris“ gesagt: „Wenn Stinnes nur deshalb nach Rom gefahren wäre, um mit einigen amerikanischen Industriellen Gespräche zu bezwecken, dann hätte er seinen Besuch nicht durch einige Sekretäre vorverrichten lassen. Die Amerikaner waren nur ein Vorwand. In Wahrheit ist Stinnes nach Italien gereist, um die italienische Regierung für eine Vermittlung im Ruhrkonflikt zu gewinnen, entweder im Auftrag oder auch wenigstens im Einverständnis mit dem Kanzler Cuno. Zum dritten Male versucht Deutschland, Mussolini für eine solche Vermittlung zu interessieren. Stinnes hat diesen Augenblick gewählt, weil Mussolini jetzt in Mailand mit dem belgischen Minister Jaspar zusammentrifft. Aber trotz aller Bemühungen Deutschlands beim Kanzler und beim Vizekanzler wird Italien an der Seite Frankreichs bleiben, dessen Aktion es gestützt hat, weil es angestrebt hat, das Ruhrgebiet, die die deutsche Industrie gewissermaßen mit der deutschen Regierung versammelt, der italienischen Regierung schmeicheln würden, nachdem ähnliche Versuche in London und Washington einen Mißerfolg (1) gehabt haben.“ Mussolini würde nach der Hoffnung Stinnes' diese Vorschläge dem belgischen Minister Jaspar mitteilen, und Jaspar würde sie nach Paris weitergeben, aber Stinnes hat seinen neuen Revisionsplan nach Rom mitgebracht. Das geht aus der Unterredung hervor, die er mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Fontarini, gehabt hat; dieser hat den Inhalt der Unterredung Herrn Mussolini mitgeteilt und wahrscheinlich Herrn Stinnes beraten, seinen Einfluß bei dem Kanzler dafür einzusetzen, daß die Reichsregierung sich direkt an Frankreich oder Belgien wenden möge. Der Beweis, daß Stinnes keine Aufgabe erhalten hat, wird durch den veränderten Plan seiner Rückreise gegeben. Stinnes fährt nicht über Mailand, wo Mussolini ihn aufhält, sondern über den Brenner. Zu etwa zwei Monaten wird Deutschland sich dazu entscheiden, den einzigen Weg zu benutzen, der noch offen bleibt: den Weg zu direkten Verhandlungen mit Frankreich oder Belgien.“

Der französische Diplomat, der so gesprochen hat, überließ sich offenbar, daß er durch seine eigenen Worte diese Mitteilung als eine klare Kombination kennlich macht. Wenn Stinnes in Auftrag des Kanzlers oder wenigstens im Einverständnis mit ihm nach Rom gegangen ist, um den Italienern neue deutsche Vorschläge mitzuteilen, dann hätte er das unbedingt auch getan. Da er aber nach den französischen Informationen dem Generalsekretär Fontarini einen Reparationsplan nicht vorgelegt hat, wird er wahrscheinlich auch keinen in der Tasche gehabt haben. Die französische Diplomatie will auf jede Weise die Vorstellung aufrecht erhalten, daß Deutschland nicht ist und nach einem Weg zu Verhandlungen sucht. Diese Vorstellung ist falsch. Die französische Regierung weiß, daß die Position Deutschlands sich nicht wesentlich ändert, sondern verbessert hat, und wenn sie darüber sich noch besser unterrichten will, so braucht sie nur ihre eigenen Zeitungen zu lesen. Der Korrespondent des „Journal des Débats“ in Düsseldorf meldete noch gestern, daß der Widerstand kräftiger wird und dabei doch passiv bleibt. Vereinzelt Zwischenfälle seien nicht zu vermeiden, aber das System bestehe in der systematischen, ruhigen Beseitigung der Franzosen. Deutschland will uns zeigen, daß die Besetzung uns nicht nützt; dann werde eine internationale Einmischung uns dazu bringen, auf die Besetzung zu verzichten. Unsere Diplomatie, ganz besonders aber unsere allgemeine Politik, haben die Aufgabe, diese Berechnung zu stören.“ Jeder Unbefangene muß erkennen, daß diese Perspektive keine hoffnungsvollen Aussichten für Frankreich eröffnet. Wenn Mussolini oder Jaspar von irgendwelchen deutschen Plänen Kenntnis hätten, würden sie voranschicklich sehr gern dazu bereit sein, eine Vermittlung einzuleiten. Es ist aber noch gar nicht ausgeschlossen, daß die beiden Minister ohne deutsche Veranstaltung sehr eingehend sich über das Ruhrproblem unterrichten werden, und vielleicht wird es der Belgier Jaspar sein, der in Italien Bekanntschaft sucht, um den eigenmächtigen Poincaré zu einer schnellen Beendigung des Abenteuers zu überreden. Denn es wird mit großer Glaubwürdigkeit berichtet, daß Belgien die faktische und gefährliche Besetzung bereits gründlich satt hat. Der frühere belgische Minister Wauters ist aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrt und hat einen Bericht erstattet, an dem die große französische Nachrichtenpresse vorübergeht, weil er in Frankreich keine große Beifriedigung hervorgerufen dürfte. Er erklärte, daß die deutschen Generalschaften den passiven Widerstand unterließen; sie erklärten, daß sie mit der Regierung oder den Kapitalisten nichts zu tun hätten, aber entschlossen seien, die Freiheit des Landes und ihre Arbeit zu verteidigen. Die Arbeiter in Westfalen würden keine Arbeit tun, solange nicht die Unversehr-

heit des Ruhrgebietes und des Rheinlandes gesichert sei. Sie würden arbeiten, wenn die Soldaten abmarschiert seien. Jeder Gedanke an eine Annexion oder einen Pufferstaat oder eine im Ungewisse ausgehende Bewegung werde von der Arbeiterchaft bekämpft werden. „Das Motiv aller Erklärungen sei: Wir sind keine Sklaven und wollen keine werden.“ Wauters hat noch anderes gesagt. Mit eigenen Augen hat er die Verwüstungen in der Bochumer Handelskammer und die Zerstörungen im Bahnhof Dierhausen gesehen. Er bestatigt, daß die Franzosen den Schaden anerkannt haben, ohne gereizt worden zu sein. Die belgischen Soldaten kämen mit der Bevölkerung besser aus wie die Franzosen, weil sie sich ruhiger benehmen und nutzlose Zerstörungen vermeiden. Die Deutschen konnten ihren Widerstand auf unbegrenzte Zeit ausdehnen, da die Lebensmittel nicht fehlten. Das ganze Volk und ein großer Teil des Auslandes langten für das Ruhrgebiet. Die Zeitung „Le Courrier“ ist die einzige, die diesen belgischen Bericht veröffentlicht und klare Äußerungen der französischen Regierung über diese tatsächlichen Angaben verlangt. Wir wollen anmerken, was Poincaré am Freitag in der Kammer zu dieser Forderung sagen wird. Wahrscheinlich wird er sie ebenso ignorieren, wie er den Brief des Deputierten Le Provost de Launay ignoriert hat, den die „Humanité“ abdruckte. Le Provost de Launay gibt heute im „Echo“ die Wichtigkeit dieses Dokuments zu, behauptet aber, er habe die Regierung nicht ermutigen, sondern zu verstärkter Energie anspornen wollen. Ein Satz seiner Entgegnung lautet: „Ich habe auch gesagt, daß die von Herrn Poincaré begonnene Aktion über ihren Anfangszweck weit hinausgewachsen ist. Wer sollte daran zweifeln?“ Gewiß, daran zweifelt kein Mensch mehr, am wenigsten der Ministerpräsident selbst. Er hat nur nicht den moralischen Mut, aus dieser Kenntnis die nötige Schlußfolgerung zu ziehen.

\*\*\*

## Immer wieder die Garantiefrage.

Wie verting sich die Lösung denkt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. März.

Bertinor versucht im „Echo de Paris“ bereits heute eine Antwort auf die Rede zu geben, die Lord George morgen im Unterhaus halten will. Wenn der frühere Premierminister gegen die Ruhraktion sprechen werde, müsse ihm gesagt werden, daß er selber im März und Mai des Jahres 1921 den Plan einer Ruhrbesetzung gebilligt habe. Schlägt Lord George einen Garantievertrag oder eine Einmischung (1) des Völkerbundes vor, so könne darauf erwidert werden, daß kein Garantievertrag von Cannes auf den Gedanken einer englisch-französisch-deutschen Verständigung hinausgelaufen sei, bei der England stets die Aufgabe des Richters gehabt hätte. An die Wirksamkeit einer Internationalisierung des Rheinlandes durch den Völkerbund scheint Bertinor, der ein wäherer Politiker ist, nicht zu glauben. Diese Internationalisierung hätte auch nur dann einen Zweck, wenn Frankreich und Belgien bei der Organisation eine besonders maßgebende Rolle gespielt hätten (1). Bertinor versichert auch, daß Frankreich an keine Annexion denke. Da er aber wiederholt etwas ganz anderes gesagt hat, sei er auseinander, wie er sich die Garantie denkt: „Die französischen und belgischen Truppen bleiben solange auf deutschem Gebiet, bis die Reparationen bezahlt sind. Wenn das geschehen ist, wird die Neutralisierung durch eine internationale Garnison und die Verwaltung der Eisenbahnen gesichert.“ Bertinor scheint bei diesen Verhandlungen mehr an das Rheinland, als an die Ruhr zu denken. Aber es ist ganz leicht, woran er denkt, da seine Träume sich niemals erfüllen können. Wie peinlich die Situation der Regierung ist, geht aus dem Werden um die Unterstützung Englands hervor, das auch im „Echo de Paris“ zu finden ist, sogar in einer bei Bertinor seltenen dringenden Form. Wir verlangen von England keine besonderen Anstrengungen. Wir nehmen keine Unterstützung an, so wie sie geboten wird. Wir erwarten nur, daß sie klar definiert werde: denn von der Art und dem Wert dieser Unterstützung werden die Garantien abhängen, die wir an Ihnen verlangen müssen.“

## Rede des Außenministers v. Rosenbergs.

Die heutige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Heute vormittag 12 Uhr trat der Auswärtige Ausschuss des Reichstags unter dem Vorsitz des Abgeordneten Stresemann zusammen, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen. Der Reichstagskanzler Cuno konnte infolge seiner Krankheit an der Sitzung nicht teilnehmen. Von der Reichsregierung waren anwesend: Der Reichsaußenminister v. Rosenbergs, Reichsjustizminister Heineke, Reichsminister des Innern Deiser, Reichswirtschaftsminister Becker, Reichslandwirtschaftsminister Luther, auch der preussische Ministerpräsident Braun war zugegen. Die Sitzung wurde mit einer etwa halbstündigen Rede des Reichsministers des Innern eröffnet, in der dieser auf die gegenwärtige politische Situation, wie sie sich als Folge des französischen Aufruhrbruchs ergeben hat, sowie auch auf die Reparationsfrage einging. Nach dem Minister ergriff als erster Dispositionsredner der sozialdemokratische Abgeordnete Hermann Müller das Wort. In seinen Ausführungen legte er insbesondere die Gründe dar, die die Sozialdemokratie dazu veranlassen hätten, die Einberufung des Ausschusses zu wünschen. Insbesondere erluchte dann der Redner um Aufklärung einzelner Stellen der Rede, die der Kanzler anlässlich seines Aufenthaltes in München gehalten hat.

\* Reichsverkehrsminister Groener ist zur Erledigung dienstlicher Angelegenheiten gestern in Karlsruhe eingetroffen.

## Der Ausgang der Regierungskrise in Sachsen.

Alfred Brodau,

Mitglied des Reichstags.

Die nunmehr durch die Wahl des bisherigen Justizministers Dr. Zeigner zum Ministerpräsidenten beendete Regierungskrise in Sachsen hat eine Lösung gefunden, die für die bürgerlichen Parteien einen schweren Mißerfolg, für das Land eine wesentliche Verschlechterung der innerpolitischen Verhältnisse bedeutet. Die Lösung hat denen Recht gegeben, die die nichtsozialistischen Parteien davor warnten, jetzt eine Krise herbeizuführen. Gewiß, der Vortag gegen das frühere Ministerium hat nicht von bürgerlicher Seite ausgegangen, sondern von den Kommunisten. Aber die nichtsozialistischen Parteien einschließlich der Demokraten haben, darüber hinaus, Selbstsicherung betrieben, einen verhängnisvollen taktischen Fehler begangen, als sie vor sieben Wochen durch ihre Stimmen dem Mißtrauensvotum der Kommunisten, das sich gegen den Minister Lipinski richtete, zur Annahme verhalfen und dadurch den Rücktritt des gesamten Ministeriums herbeiführten. Vor der Annahme des Mißtrauensvotums hatten selbst noch mehrere rechtsstehende Wähler gewarnt, indem sie aufhiefen, angelehnt der Ruhraktion müßten zuerst Kabinettskrisen auch in den einzelnen Ländern vermieden werden. Es kam hinzu, daß die Kommunisten zum Ausgangspunkt für ihr Mißtrauensvotum einen Anlaß genommen hatten, der die Zustimmung der nichtsozialistischen Parteien schädlich gar nicht einmal rechtfertigte: Lipinski hatte das Mißfallen der Kommunisten dadurch hervorgerufen, daß er eine politische Verammlung, die von Rechtsstehenden einberufen worden war, gesteuert und gegen Störungsvorwürfe der Kommunisten geschützt hatte. Die Demokraten und die Volksparteier glaubten aber, aus taktischen Gründen dem Mißtrauensvotum zustimmen zu müssen, um durch die Annahme die Bahn frei zu machen für ein Kabinett der Mitte, für die große Koalition. Das war ebenso eine falsche Rechnung, wie im vorigen Jahr das Verwerfen von Landtagswahlen.

Es bestand allerdings Grund zu der Annahme, daß ein erheblicher Teil der sozialdemokratischen Fraktion des linken Blocks, das die Kommunisten nun schon seit Jahren mit ihr treib, grünläufig überdrüssig war und eine Koalition wünschte, die sie von den Kommunisten endlich unabhängig machte. Aber ein wichtiger Faktor ist nicht beachtet worden: die Abhängigkeit der Fraktion von der Partei im Land, der Mangel an Energie bei der sozialdemokratischen Fraktion, sich zu einem selbständigen Handeln zu entschließen. Vom vorigen Jahr lag noch ein sozialdemokratischer Parteitag vor, der jede Koalition mit Bürgerlichen verwarf. Leber diesen Beschluß kam die Landtagsfraktion nicht hinweg. Eine Verarmung der Parteifunktionäre aus dem Land wurde eintreten und deren Entscheidung lautete wiederum gegen eine Koalition auch nur mit den Demokraten, obwohl selbst der zu dieser Verammlung von der Reichstagsfraktion entsandene Abgeordnete Dittmann, der einmalig unabhängige, die Koalition befürwortete. Die Frage der sogenannten großen Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei ist überhaupt nicht angeht worden. Mit der Möglichkeit einer solchen hätten die Demokraten und Volksparteier von vornherein gar nicht rechnen sollen; so lange sie im Reich nicht zutage kommen kann, ist sie in Sachsen gänzlich ausgeschlossen. Wenn selbst die kleine Koalition mit den Demokraten von den sozialistischen Parteifunktionären abgelehnt worden ist, so darf eine Erklärung wohl darin gefunden werden, daß die Demokraten seit Jahren im sächsischen Landtag in der Opposition gegen die reinsozialistische Regierung mit den Rechtsparteien in einer Reihe Handen; die Unterdrückung, die in dieser Kampfesstellung bestanden, waren nach außen hin nicht deutlich sichtbar genug, als daß sie hätten die neuerfindende Fabel von der „einigen reaktionären Masse“ zerlören können. Immerhin wären die Widerstände gegen die kleine Koalition vielleicht besiegt worden, wenn diese Koalition wenigstens eine Mehrheit ergeben hätte. Da sie aber nur über 48 Stimmen verfügt hätte, wäre sie von der wohlwollenden Haltung der Volkspartei abhängig gewesen, und auf solches Wohlwollen angewiesen zu sein, erlösen den sozialistischen Parteifunktionären als untragbar für die Partei.

Nunmehr ist es bedauerliche Tatsache geworden, daß sich die Sozialisten die weitere Unterstützung ihrer Parteiregierung seitens der Kommunisten durch Zugeständnisse bedenklicher Art erkaufen haben, Zugeständnisse, die — wir haben schon über sie berichtet — die innerpolitische Spannung in Sachsen erheblich verschärfen werden. Die Regierung hat wohl vielfach, man denke nur an die Religionsfrage des Unterrichtsministeriums, Anlaß zu scharfer Opposition gegeben; aber im Vergleich zur neuen Regierung war sie, vom nichtsozialistischen Standpunkt aus gesehen, das kleinere Übel gegenüber der neuen mit ihrer weit größeren Abhängigkeit von den Kommunisten, die sie viel mehr als die bisherige als eine Regierung des proletarischen Klassenkampfes erscheinen läßt. Leber die entstandene wesentliche Verschlimmerung der Situation tröstet man sich auf bürgerlicher Seite mit der Hoffnung, daß die neue Regierung seinen langen Bestand haben werde. Das ist wohl möglich. Aber bis jetzt hat jedes Zerwürfnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten für Sachsen nur zu neuen Konzeptionen der ersten geführt, und ob die jetzigen Abmachungen schon das letzte Ende dieser Entwicklung bedeuten, läßt sich nicht absehen. Zunächst ist nur zu konstatieren, daß der Versuch, das Bürgertum wieder in die sächsische Regierung einzuführen, gescheitert ist.

Tatsache, daß das sächsische Bürgertum von der Mitwirkung an den Regierungsgeschäften nun schon seit mehr als zwei